



Bundeskonferenz 2021

DIGITAL

Beschluss- kontrolle



Bundeskonzferenz 2021

Inhaltsverzeichnis

1	Anträge Fachpolitik	4
1.1	Sozialpolitik	4
1.2	Altersarmut und Rentenpolitik	9
1.3	Gesundheits- und Behindertenpolitik	11
1.4	Altenhilfe- und Pflegepolitik	14
1.5	Arbeitsmarktpolitik	18
1.6	Bildungspolitik	20
1.7	Kinder- und Jugendpolitik	20
1.8	Familienpolitik	24
1.9	Frauen- und Gleichstellungspolitik	26
1.10	Migrations- und Integrationspolitik.....	27
1.11	Gewinnung von Fachkräften	31
2	Anträge Engagement- und Verbandspolitik	32
2.1	Wertegebundenes Unternehmen	32
2.2	Grundsatzprogramm	33
2.3	Bürgerschaftliches Engagement.....	34
2.4	AWO gegen Rechtsextremismus	35
2.5	Mitgliederentwicklung.....	37
2.6	Qualitätsmanagement	39
2.7	Organisationsfragen	41
2.8	Nachhaltigkeit	42

Auf den folgenden Seiten werden alle Beschlüsse der Bundeskonferenz 2016 jeweils mit dem Stand der Umsetzung aufgeführt. In der digitalen Version dieses Dokumentes können die Beschlusstexte jeweils durch einen Klick auf den Titel aufgerufen werden.

1 Anträge Fachpolitik

1.1 Sozialpolitik

1.1-01 Für mehr soziale Gerechtigkeit (Präsidium)

Beschluss: Annahme

- Positionspapier/Analyse
- Generelle Lobbyarbeit
- Erarbeitung einer Armutursachenanalyse
- Positionspapier „Für eine betroffenenzentrierte Reform des SGB II“ und Positionspapier „Wohnen ist Menschen.Recht“
- Mitwirkung am 5. und 6. Armuts- und Reichtumsbericht
- Mitwirkung am Zukunftsdialog „Neue Arbeit, neue Sicherheit“ des BMAS
- Übernahme der Feder- und Geschäftsführung der Nationalen Armutskonferenz 2019 und 2020
- weitere Bündnisaktivitäten zu den Themen Wohnen, Reichtum Umverteilen und Existenzminimum
- Mitveranstaltung Armutskongress 2019
- diverse Pressemeldungen

1.1-02 Handelsabkommen transparent, fair und sozial gerecht verhandeln“ (Präsidium)

Beschluss: Annahme

- Forderung nach Schutz der Sozialdienstleistungen in der Handelspolitik im BAGFW Erwartungspapier zu den Bundestagswahlen 2017 und im AWO-Forderungspapier zur Europawahl 2019

1.1-03 Inklusion geht alle an, die Umsetzung muss vorangehen – Verankerung von Inklusion in den Organisationsstrukturen der AWO (Präsidium)

Beschluss: Annahme

Konstituierende Sitzung des Geko-AK Inklusion im Dez. 2017; Erarbeitung einer Partizipationsstrategie mit Umsetzungskonzept für den Gesamtverband; Ableitung von Qualitätskriterien und Rahmenbedingungen für Inklusionsprozesse bei der AWO aus dem Modellprojekt „Inklusion als Leitidee der Organisationsentwicklung“; Erarbeitung von Materialien, um Entwicklungsprozesse zu Inklusion in der eigenen Organisation anregen und durchführen zu können Mitwirkung am Projektvorhaben „Den Menschen im Blick“ mit dem Ergebnis eines Handbuchs Antidiskriminierung“, das im Februar 2020 erschienen ist. Durchführung eines zweijährigen Projektvorhabens und Veröffentlichung des erarbeiteten Praxishandbuchs zur Öffnung der Altenhilfe-Einrichtungen für LSBTIQ*, das im Februar 2021 erschienen ist.

1.1-04 Mehr soziales Europa wagen! (Präsidium)

Beschluss: Annahme

- Stellungnahmen und Positionspapiere zu politischen Prozessen, u.a. Vereinbarkeitspaket, Beihilferecht, MFR 21–27, ESF+, Erasmus+
- Generelle Lobbyaktivitäten auf nationaler und europäischer Ebene, z.B. mit MdBs, Ministerien, MdEPs und der Europäischen Kommission
- Begleitung der Europawahlen 2019 mit Forderungspapier, Wahlprüfsteinen und Social-Media-Aktivitäten
- TuP-Beitrag zum Mehrjährigen Finanzrahmen FR 2021–2027
- Begleitung der deutschen Ratspräsidentschaft 2020: Gemeinsame Erklärung und Veranstaltung mit dem SoVD (12.10.2020), Erwartungspapier, Blogartikel
- FAQ zur Deminimis und Beihilfeverbot

1.1-05 Schaffung sozialer Gerechtigkeit (Be Mittelrhein)

Beschluss: Annahme

- Forderung zum besseren Anpassungsmechanismus der Regelsätze in gemeinsamer Erklärung zur Regelsatz-Neubemessung 2020
- Forderung nach stetiger Steigerung des Mindestlohns im Forderungspapier zur AWO-ISS-Studie

1.1-06 Wolfsburger Erklärung (Be Westl. Westfalen)

Beschluss: Annahme

Die Forderungen der Wolfsburger Erklärung sind in die AWO-Positionen eingeflossen. Im Einzelnen sind das:

- Umgang mit Geflüchteten in Deutschland

- siehe alle Ausführungen zu den Anträgen 1.5-03 bis 1.5-09 Sowie alle diesbezüglichen Ausführungen bei den Anträgen unter 1.10
- Bildung
 - siehe alle Ausführungen zu den Anträgen unter 1.6
- Teilhabe (für Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen)
 - siehe 1.3-01 Arbeit für Menschen mit Behinderungen möglich machen (Präsidium);
 - siehe 1.3-03 „Teilhabe ermöglichen, Barrieren abbauen und Gerechtigkeit schaffen – Menschen mit Behinderungen haben Rechte!“ Mit Bundesteilhabegesetz gute Rahmenbedingungen für Behindertenhilfe schaffen! (Be Hannover e.V.)
 - siehe 1.3-07 Einführung einer paritätischen und sozialen Kranken- und Pflegeversicherung (Präsidium)
- Armut
 - siehe 1.2-01 Altersarmut muss vermieden werden! (Präsidium)
 - siehe alle Ausführungen zu den Anträgen unter 1.2 und 1.4.11 (Bürgerversicherung)
- Leben im Quartier
 - siehe Ausführungen zu 1.4-21 Quartiersentwicklung (Präsidium)
 - Sozialkongferenz am 4.5.20219 mit Kölner Erklärung
 - Broschüre Quartiersarbeit
 - Jährliche Netzwerktagung der Quartiersentwickler*innen

1.1-07 Unser Herz ist die Kraft für soziale Gerechtigkeit! (LV Saarland)

Beschluss: Annahme Bezug zu 1.1-04

- Positionspapier „Betroffenenzentrierte Reform des SGB II“
- Generelle Lobbyarbeit
- Mitwirkung am Zukunftsdialog „Neue Arbeit, neue Sicherheit“ des BMAS

1.1-09 Weihnachtsbeihilfe (Be Ostwestfalen-Lippe)

Beschluss: Annahme

- Berücksichtigung im Rahmen des nächsten SGB II-Änderungsgesetzes

1.1-10 Keine Pauschalierung der Unterkunftskosten im SGB II (LV Sachsen-Anhalt)

Beschluss: Annahme

- Berücksichtigung im Rahmen des Positionspapiers „Betroffenenzentrierte Reform des SGB II“
- Bestandteil der Stellungnahme zum nächsten SGB II-Änderungsgesetz

1.1-11 Abschaffung des verschärften Sanktionsinstrumentariums des SGB II für Leistungsberechtigte unter 25 Jahren (LV Sachsen-Anhalt)

Beschluss: Annahme

- Aufgegriffen im SGB II Papier des Präsidiums (November 2017)
- AWO-ISS-Studie mit Fokus auf Junges Erwachsenenalter, Forderung im Positionspapier
- Forderung bei der Kommentierung des BVerfG-Urteils zu den Sanktionen vom 05.11.2019
- Pressearbeit zum BVerfG-Urteil
- Berücksichtigung bei dem geplanten Gesetzgebungsverfahren zur Umsetzung des BVerfG-Urteils

1.1-12 Wohnraum für alle – Sozialen Wohnungsbau als gemeinnützige Aufgabe verstehen (Be Braunschweig e.V.)

Beschluss: Annahme

- Kolloquium und Anhörung sowie Beratung im Fachausschuss
- Berücksichtigung bei der Konzeption des TUP-Sonderbandes 2017 „Stadt – Land – Fluss. Soziales Wohnen in der Zukunft“
- Positionspapier 2018 „Wohnen.Menschen.Recht“

1.1-13 Resolution „Sozialer Mietwohnungsbau“ (Be Weser-Ems)

Beschluss: Annahme

- Kolloquium und Anhörung sowie Beratung im Fachausschuss
- Berücksichtigung bei der Konzeption des TUP-Sonderbandes 2017 „Stadt – Land – Fluss. Soziales Wohnen in der Zukunft“
- Positionspapier 2018 „Wohnen.Menschen.Recht“

1.1-14 Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen gewähren und bürgerschaftliches Engagement stärken (Be Braunschweig)

Beschluss: Annahme

- Beratung im Fachausschuss
- Berücksichtigung bei der Konzeption des TUP-Sonderbandes 2017 „Stadt – Land – Fluss. Soziales Wohnen in der Zukunft“
- Positionspapier 2018 „Wohnen.Menschen.Recht“

1.1-15 Soziales Unternehmertum für Wachstum und Arbeitsplätze fördern – bürokratische und finanzpolitische Hindernisse beseitigen (LV Saarland)

Beschluss: Überweisung an das Präsidium – Begriff Soziales Unternehmertum prüfen

Beratung im Fachausschuss: Unter Beteiligung des antragstellenden Verbandes wurde der Antrag intensiv diskutiert. Insoweit gab es Aktivitäten der AWO. Die Forderung nach einem erleichterten Zugang zu Finanzmitteln mit Hilfe des Europäischen Fonds für soziales Unternehmertum (EuSEF) sowie die Forderung, dass sich der AWO Bundesverband für den leichteren und gleichwertigen Zugang zu Finanzmitteln auf dem europäischen Finanzmarkt auf Augenhöhe mit profitgetriebenen Unternehmen einsetzt, fand keine Unterstützung.

1.1-16 Die Begleitung des Digitalen Wandels der Gesellschaft durch die AWO (Präsidium)

Beschluss: Annahme

- Zentrales Thema der Geko; Workshop von Geko und Alko am 18.12.2017 und Sondersitzung von Geko und Alko am 17.04.2018; Erstellung einer Roadmap
- Gründung AK IT
- Veranstaltung mit der FES zum Thema Gute Arbeit in der Plattformökonomie
- AWO-Ansicht 2/2018 zum Thema Digitalisierung in der Sozialwirtschaft
- Sonderband TuP „Mehr als Algorithmen: Digitalisierung in Gesellschaft und Sozialer Arbeit“
- BAGFW-Fachtag zum Schwerpunktthema „digitale Plattformen“
- BAGFW-Beirat zur Begleitung der BFS-Studie zum Thema Digitalisierung in der Sozialwirtschaft I18
- Bitkom-Beirat zur Begleitung der Initiative „Digital für alle“ mit dem Ziel der Initiierung eines bundesweiten Digitaltags
- TuP-Artikel „Platform Readiness der Freien Wohlfahrtspflege? Eine Annäherung“ (Juli 2020)
- Zentrale Ansiedlung des Themas Digitalisierung bei Stabsstelle für Grundsatz- und Zukunftsfragen: Begleitung des Digitalisierungsprozesses der Bundesgeschäftsstelle
- Grundsätzlich Beschäftigung aller FAs und AKs mit dem Thema im jeweiligen Handlungsfeld
- Workshop Telematikinfrastruktur in der Pflege am 31.03.2021

1.1-17 Sozialdateneigentum (Be Weser-Ems)

Beschluss: Annahme

- Aufgreifen in der Stellungnahme zum nächsten SGB II-Änderungsgesetz

1.1-18 Digitalisierung gestalten und zum Wohle der Menschen nutzen (Be Westl. Westfalen)

Beschluss: Annahme und Material zum Antrag 1.1-16

s. 1.1-16

1.1-19 Resolution: Kernforderungen der AWO zur Bundestagswahl 2017 (Präsidium)

Beschluss: Annahme

- Papier mit den Kernforderungen der AWO zur Bundestagswahl
- Wahlprüfsteine
- AWO Wahlcountdown

1.2 Altersarmut und Rentenpolitik

1.2-01 Altersarmut muss vermieden werden! (Präsidium)

Beschluss: Annahme

- Beratung mit dem Gesamtkonzept des BMAS zur Alterssicherung
- Weiterverfolgung im Zusammenhang mit den Aktionen der AWO zur Bundestagswahl
- TuP-Artikel
- Buchbeitrag
- gemeinsame Veranstaltung mit der FES
- Berücksichtigung bei diversen Stellungnahmen des Bundesverbandes, insbesondere zum Grundrentengesetz

1.2-02 Für ein besseres Rentenniveau (Präsidium)

Beschluss: Annahme

- Beratung mit dem Gesamtkonzept des BMAS zur Alterssicherung
- Weiterverfolgung im Zusammenhang mit den Aktionen der AWO zur Bundestagswahl
- TuP-Artikel
- Buchbeitrag
- gemeinsame Veranstaltung mit der FES
- Berücksichtigung bei diversen Stellungnahmen des Bundesverbandes

1.2-03 Maßnahmen gegen drohende Altersarmut (Be Ostwestfalen-Lippe)

Beschluss: Annahme

- Beratung mit dem Gesamtkonzept des BMAS zur Alterssicherung
- Weiterverfolgung im Zusammenhang mit den Aktionen der AWO zur Bundestagswahl
- TuP-Artikel
- Buchbeitrag
- gemeinsame Veranstaltung mit der FES
- Berücksichtigung bei diversen Stellungnahmen des Bundesverbandes, insbesondere zum Grundrentengesetz

1.2-04 Lebensstandardsicherung durch die gesetzliche Rente und bedingungsfreeies Alterseinkommen (Be Weser-Ems)

Beschluss: Überweisung an das Präsidium, Annahme als Material (Beratung in Sitzung des Bundesausschusses vor BT-Wahl)

Beratung im Fachausschuss (November 2017) mit dem Ergebnis, dass die Anträge im Wesentlichen unterstützt werden. Die Forderung nach einem bedingungsfreeien Alterseinkommen wird im Zusammenhang mit dem bedingungslosen Grundeinkommen kritisch diskutiert. Die Forderung ist in das Argumentationspapier der AWO zum BGE eingeflossen.

1.2-05 Diskriminierung in der Rentenversicherung beenden (Be Weser-Ems)

Beschluss: Überweisung an das Präsidium, Annahme als Material (Beratung in Sitzung des Bundesausschusses vor BT-Wahl)

Beratung im Fachausschuss (November 2017) mit dem Ergebnis, dass die AWO das Anliegen der Betroffenen teilt, dem Antrag allerdings aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht folgen kann. Der Fachausschuss befürwortet eine Lösung über die Grundsicherung, z. B. in Form von Rentenfreibeträgen oder über einen Härtefallfonds.

1.2-06 Absenkung der Regelaltersgrenzen (LV Sachsen-Anhalt)

Beschluss: Annahme

- Beratung mit dem Gesamtkonzept des BMAS zur Alterssicherung
- Weiterverfolgung im Zusammenhang mit den Aktionen der AWO zur Bundestagswahl
- TuP-Artikel
- Buchbeitrag
- gemeinsame Veranstaltung mit der FES
- Berücksichtigung bei den Aktivitäten der AWO im Zusammenhang mit der Rentenkommission der Bundesregierung

1.2-07 Abschaffung der Zwangsverrentung für SGB II Bezieher*innen ab dem 63. Lebensjahr (LV Sachsen-Anhalt)

Beschluss: Annahme

- Beratung mit dem Gesamtkonzept des BMAS zur Alterssicherung
- Forderung aufgegriffen im Positionspapier „Betroffenen-zentrierte Reform des SGB II“
- Entsprechender Einsatz im AK des DV zur SGB II Reform

1.2-08 Altersarmut bekämpfen – Absenkung des Rentenniveaus stoppen (LV Bayern)

Beschluss: Annahme

- Beratung mit dem Gesamtkonzept des BMAS zur Alterssicherung
- Weiterverfolgung im Zusammenhang mit den Aktionen der AWO zur Bundestagswahl sowie zum Grundrentengesetz
- TuP-Artikel
- Buchbeitrag
- gemeinsame Veranstaltung mit der FES
- Berücksichtigung bei diversen Stellungnahmen des Bundesverbandes

1.3 Gesundheits- und Behindertenpolitik

1.3-01 Arbeit für Menschen mit Behinderungen möglich machen (Präsidium)

Beschluss: Annahme

- Lobbying zu den Regelungen zum Budget für Arbeit im BTHG, Begleitung Modellvorhaben Rehapro durch AK Arbeitsmarkt und weitere Arbeitskreise im Haus
- Veröffentlichung einer Broschüre zur Unterstützung von schwerbehinderten Menschen bei einer Beschäftigung im Arbeitsmarkt (Dezember 2016)
- Konzeptionelle Begleitung der Weiterentwicklung der Werkstattleistungen mit Blick auf den Übergang in den Arbeitsmarkt im UAK Werkstätten
- Gemeinsame Sitzung AK Arbeitsmarkt und UAK Werkstätten für behinderte Menschen (März 2019) und AG Inklusiver Arbeitsmarkt (ab November 2019)

1.3-02 Gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen umsetzen (Präsidium)

Beschluss: Annahme

- Gespräche auf Bundesebene (bspw. BMAS) führen
- Monitoring im Rahmen der BTHG-Begleitforschung (BAGFW)

- Teilnahme an Fachgesprächen und Netzwerkkonferenzen

1.3-03 „Teilhabe ermöglichen, Barrieren abbauen und Gerechtigkeit schaffen – Menschen mit Behinderungen haben Rechte!“ Mit Bundesteilhabegesetz gute Rahmenbedingungen für Behindertenhilfe schaffen! (Be Hannover e.V.)

Beschluss: Annahme

- Im Vorfeld der Verabschiedung des BTHG:
 - Veröffentlichung einer Stellungnahme,
 - Teilnahme an Anhörungen,
 - Führen von Gesprächen mit Vertreter*innen des BMAS, Bundestagsabgeordneten und Fraktionsmitarbeiter*innen
- Nach Inkrafttreten Lobbying für eine möglichst bundes-einheitliche Umsetzung
 - Monitoring, inwiefern die Neuregelung zur Benutzung von Behindertenparkplätzen durch das Bundesteilhabegesetz den Kreis der behinderten Menschen, die einen entsprechenden Parkausweis erlangen können, gemäß Antrag ausweitet
 - Ggfs. weitere Lobbyarbeit zur erneuten Veränderung der Regelung zur Benutzung von Behindertenparkplätzen

1.3-04 Erlangung eines Parkausweises für behinderte Menschen (Be Rheinland)

Beschluss: Annahme

- Monitoring, inwiefern die Neuregelung zur Benutzung von Behindertenparkplätzen durch das Bundesteilhabegesetz den Kreis der behinderten Menschen, die einen entsprechenden Parkausweis erlangen können, gemäß Antrag ausweitet
- Ggfs. weitere Lobbyarbeit zur erneuten Veränderung der Regelung zur Benutzung von Behindertenparkplätzen

1.3-05 „Finanzierung der Betreuungsvereine kurzfristig absichern“ (Be Hannover)

Beschluss: Annahme

Kontinuierliche Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit

1.3-06 Finanzierung der gesetzlichen Betreuungen (Be Ostwestfalen-Lippe)

Beschluss: Annahme

Kontinuierliche Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit

1.3-07 Einführung einer paritätischen und sozialen Kranken- und Pflegeversicherung (Präsidium)

Beschluss: Annahme

- Kontinuierliche Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit
- Positionierung zur Bundestagswahl (Bestandteil der AWO-Forderungen an Parteien)
- Bestandteil der 12 AWO Forderungen an die künftige Bundesregierung (30.Nov.2017)

1.3-10 Grundlohnsummenbezug schafft prekäre Arbeit (Be Weser-Ems)

Beschluss: Annahme

Lobbyarbeit

1.3-11 Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung in ländlichen Regionen (Präsidium)

Beschluss: Annahme

- Lobbyarbeit
- Verbreitung des gesundheitspolitischen Eckpunktepapiers in dem Kontext
- Gespräche mit entsprechenden Akteuren
- AWO interner Prozess zur Digitalisierung
- Geplantes Projekt „GFP für ältere Menschen im Quartier“

1.3-12 Präventionsgesetz (LV Mecklenburg-Vorpommern)

Beschluss: Annahme

- Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit
- Gespräche mit Akteuren auf Bundesebene (Politik, GKV-Spitzenverband)
- Aktivitäten mit BAGFW
- Beratung der Gliederungen
- Thema im AK

1.3-13 Familien stärken (Be Westl. Westfalen)

Beschluss: Annahme

- Kick-Off Treffen mit AWO Trägern Sept. 2017
- Thema im AK Nov. 17 –Gespräch mit der MGW Kuratoriumsvorsitzenden und den Trägern der AWO am 5.12.2017

1.3-14 Erforderliche optische Hilfen (Be Baden)

Beschluss: Annahme

- Gespräche mit entsprechenden Akteuren (auch als Bestandteil der Forderung nach einer Bürgerversicherung)

1.4 Altenhilfe- und Pflegepolitik

1.4-01 Weiterentwicklung des Pflegesystems (Präsidium)

Beschluss: Annahme

Als Leitantrag fasst der Antrag die Inhalte der folgenden Anträge unter 1.4 zusammen und die Umsetzungsstände entsprechenden Angaben unter 1.4-02 bis -21

1.4-02 Zukünftige Finanzierung der Pflege in Deutschland (Be Westl. Westfalen)

Beschluss: Annahme

Stärkung der Forderung nach Bürgerversicherung und Vollversicherung über verschiedene Netzwerke:

- Bündnis für gute Pflege im Forderungspapier/Wahlprüfsteinen zur BT-Wahl 2017; aktuelle Forderung zur Reform der Pflegeversicherung (Eckpunkte Dez. 2020)
- BAGFW in diversen Stellungnahmen/Anhörungen: u.a. „Gute Arbeit – Gute Versorgung: Mehr Personal in Gesundheit und Pflege“; „Eine Lobby für die Pflege – Arbeitsbedingungen und Mitspracherechte von Pflegekräften verbessern“; BAGFW-Forderungspapier zur BT-Wahl 2017; BT-Wahl 2021
- Pressearbeit zum Thema Bürgerversicherung und Pflegevollversicherung (u.a. 9/2019: Die soziale Bürgerversicherung muss eingeführt werden; 11/2020 „Pflege benötigt dringend mehr Personal und eine zukunftsfeste Finanzierung“)

1.4-03 Zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung (Be Niederrhein e.V.)

Beschluss: Annahme

- Beteiligung im Rahmen des Begleitgremiums zur Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes
- Leitung einer Arbeitsgruppe beim BMG zu Empfehlungen für pflegebedürftigkeitskonforme Landesrahmenverträge nach § 75 SGB XI
- Forderung nach verbindlicher Umsetzung des Personalbemessungsverfahrens in Stellungnahmen (BAGFW): GPVG; 9/2020 „Professionelle Pflegekräfte wertschätzen und entlasten – Nicht nur in der Corona-Krise“ und durch Pressearbeit 11/2020 „Pflege benötigt dringend mehr Personal und eine

zukunftsbeste Finanzierung“; 02/2020 „Personalbemessung in der stationären Langzeitpflege – Möglichkeiten und Aussichten“

- BAGFW Fachveranstaltung/ Faktenblatt zu den wissenschaftlichen Ergebnissen
- Lobbyarbeit

1.4-04 Gesetz zur Reform der Pflegeberufe (Be Braunschweig)

Beschluss: Annahme

Begleitung des Gesetzesverfahrens und der Vorordnungen. Nach Gesetzesentscheid Entwicklung von Maßnahmen zur Begleitung der Träger und Schulen in Abstimmung mit dem AK Altenhilfe

1.4-05 Personalschlüssel in der Pflege neu gestalten (LV Schleswig-Holstein)

Beschluss: Annahme

- Mitwirkung im Steuerkreis des Projekts zur Entwicklung und Erprobung eines einheitlichen Personalbemessungsverfahrens nach § 113c SGB XI
- Mitwirkung an der Erarbeitung der Roadmap zur Umsetzung des Verfahrens nach § 113c SGB XI
- Mitwirkung an der KAP
- Lobbyarbeit, durch die die Umsetzung des Personalbemessungsverfahrens gesetzlich verankert wird

1.4-06 Eine nachhaltige Finanzierung der Pflege (Be Hessen-Nord)

Beschluss: Annahme Zeilen 3-9; Überweisung an das Präsidium Zeilen 11-14

Siehe vor allem Nr. 1.4-02 und -05.

1.4-07 Personalbemessung in Pflegeeinrichtungen (LV Bayern)

Beschluss: Annahme

Siehe Nr. 1.4-02

1.4-08 Die Zukunft der Pflege gestalten – Altenpflegeberufe aufwerten (Be Mittelrhein)

Beschluss: Annahme

Begleitung des Gesetzesverfahrens und der Verordnungen, nach Verabschiedung des Gesetzes Entwicklung von Maßnahmen zur Begleitung der Träger und Schulen in Abstimmung mit dem AK Altenhilfe

1.4-09 Pflegepersonal (LV Mecklenburg-Vorpommern)

Beschluss: Überweisung

Lobbyarbeit (auch gemeinsam mit der BAGFW und dem „Bündnis für gute Pflege“)

1.4-11 Einführung einer Bürgerversicherung (LV Schleswig-Holstein)

Beschluss: Annahme

- Forderung verbreitet über verschiedene Netzwerke (Bündnis für gute Pflege, BAGFW, siehe 1.4.2)
- Pressearbeit zum Thema Bürgerversicherung und Pflegevollversicherung (u.a. 9/2019: „Die soziale Bürgerversicherung muss eingeführt werden“)

1.4-12 Pflegeversicherungsreform – Schnittstellen zwischen Pflege und Eingliederungshilfe klären (Be Weser-Ems)

Beschluss: Annahme

1. Fachtagung „Schnittstelle PV und EGH“, 23.6.2017 beim AWO BV, Information im AK Altenhilfe/ AK Behindertenhilfe, Erstellung eines Abgrenzungspapier zu den Betreuungsleistungen aus Sicht der EGH und aus Perspektive der PV zur Argumentationshilfe bei Vertragsverhandlungen (10.10.2017)
2. Fachtagung „Schnittstelle PV und EGH“, 1. Quartal 2018 (8.2. oder 9.2.2018), zu konzeptionellen Fragestellungen (Entwicklung / Gestaltung von Dienstleistungen)

1.4-13 Investitionskosten in der Pflege (Be Weser-Ems)

Beschluss: Annahme

Lobbyarbeit (auch gemeinsam mit der BAGFW und dem Bündnis für gute Pflege)

1.4-14 Finanzierung der stationären Pflege (LV Sachsen-Anhalt)

Beschluss: Annahme

- 2019 erfolgreiche AWO-Petition „Eigenanteil bei stationärer Pflege begrenzen“
- flankierende Pressearbeit, u.a. 02/2020 „Taten statt Talkrunden! Eigenanteile in der Pflege begrenzen!“; 09/2019 „Versorgungssicherheit solidarisch finanzieren“
- Forderung in verschiedenen Kontexten u.a. das Bündnis für gute Pflege verbreitet (siehe auch 1.4.2)

1.4-15 Einheitliche Vergütungsregelung bei Überleitungs- und Kurzzeitpflege gemäß § 39c SGB V für den stationären Sektor (Be Braunschweig)

Beschluss: Annahme

Gespräche mit den Krankenkassen

1.4-16 Finanzierung der Sterbebegleitung (LV Sachsen-Anhalt)

Beschluss: Annahme

Lobbyarbeit

1.4-17 Sterbebegleitung nach dem Hospiz- und Palliativgesetz (HPG) (Be Braunschweig)

Beschluss: Annahme

Lobbyarbeit

1.4-18 Menschen in der letzten Lebensphase gut begleiten – Selbstbestimmung bis zum Lebensende (Be Württemberg)

Beschluss: Überweisung (zur weiteren Beratung im Ethikrat)

Festlegung der Vorgehensweise; Neukonstituierung des Ethikrates; Thematisierung des strittigen Punktes im Ethikrat (Erfahrungen mit Gesetz zum assistierten Suizid werden uneinheitlich bewertet); Veröffentlichung der Broschüre „Grundpositionen für eine Sterbe- und Abschiedskultur in der Altenpflege der AWO“ erarbeitet; erweiterte Auflage ist hinsichtlich aktueller rechtlicher Entwicklungen – begleiteter Suizid – aktualisiert worden (Fertigstellung 02/2020). Die Veröffentlichung wird jedoch bis zum Beschluss des neuen Sterbehilfe-Gesetzes zurückgestellt.

1.4-19 Weiterentwicklung der Qualitätsdarstellung in der Pflege (LV Schleswig-Holstein)

Beschluss: Annahme

- Mitwirkung in der Selbstverwaltung Pflege (QAP) zur Einführung eines neuen Qualitätssystems basierend auf dem Projekt „Entwicklung und Erprobung von Instrumenten zur Beurteilung der Ergebnisqualität in der stationären Altenhilfe“; Mitarbeit an den untergesetzlichen Regelungen zur Qualitätsdarstellung
- 2019 Start des neuen Systems (Erprobung): Begleitung der Einführung durch Mitwirkung in einschlägigen AGs des QAP zur Weiterentwicklung und Übertragung auf weitere Bereiche (Tagespflege, Kurzzeitpflege); Implementierung durch einheitliche Schulung, Vernetzung, Fachveranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit

1.4-20 Unterstützung für freie Hebammen (Be Baden)

Beschluss: Annahme

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des BV wurde auf die schlechte Versorgung in der Geburtshilfe (die im Zusammenhang mit Hebammenmangel durch Arbeitsüberlastung und die steigende Haftpflichtprämie steht) hingewiesen.

1.4-21 Quartiersentwicklung (Präsidium)

Beschluss: Annahme

- DHW Unterstützungs-WS (halbjährlich),
- Netzwerktagung der AWO-Quartiersentwickler*innen (jährlich),
- Regelmäßiger TOP des AK Altenhilfe,
- „Lobbyarbeit“ und Vorstellung i. R. von internen und externen Veranstaltungen,
- Thema der Sozialkonferenz 2019 (4. Mai 2019)
- Mitarbeit in der AG DHW-Richtlinien (seit 2016)
- Lfd. Beratung der Gliederungen bei Antragstellung
- Netzwerktagung Quartiersentwicklung einmal im Jahr

1.5 Arbeitsmarktpolitik

1.5-01 Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Menschen (Präsidium)

Beschluss: Annahme

- Lobbygespräche mit der BA, Abgeordneten und weiteren Akteuren (z.B. beim AK Arbeitsmarkt im Bundestag März 2017, Gespräch AWO mit Herrn Scheele September 2017)
- Veranstaltung „Flüchtlinge in sozialen Berufen“ am 30.11.2017
- Gemeinsame Sitzung Jour Fixe Übergang Schule-Beruf und JMD Träger (2016 und 2017)

1.5-02 Flüchtlingshilfe: So soll Integration in den Arbeitsmarkt gelingen! Kein gegeneinander Ausspielen von Hilfebedürftigen (Be Westl. Westfalen)

Beschluss: Annahme

- siehe 1.5-1
- darüber hinaus Begleitung durch Pressearbeit

1.5-03 Für einen sozialen Arbeitsmarkt und Öffentlich geförderte Beschäftigung (Präsidium)

Beschluss: Annahme

- Weiterverfolgung durch Lobbyaktivitäten mit der BAGFW und AWO Gespräche, z.B. BAGFW Austausch Hr. Scheele 2017, intensive Begleitung des Gesetzesprozesses des neuen §16 i SGB II (Teilhabechancengesetz) mit Stellungnahmen (BAGFW) und Gesprächen mit verschiedenen Akteuren aus Politik und Verwaltung
- Treffen mit Abgeordneten im Bundestag 2017, 2018 und 2019 und 2020 zum Thema, Mitwirkung an drei AGs des Deutschen Vereins
- Abfrage unter AWO-Trägern zur Nutzung des Instruments
- Aktivitäten zur Verstetigung des Instruments nach der 5 jährigen Befristung (Gespräch mit Abgeordneten, Wahlprüfsteine BAGFW und AWO)

1.5-07 Job Center (Be Mittelrhein)

Beschluss: Annahme

Weiterverfolgung durch Lobbyaktivitäten mit der BAGFW und AWO Gespräche

1.5-09 Mehr altersgerechte Arbeit (LV Saarland)

Beschluss: Annahme

- Berücksichtigung im Rahmen der Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Teilhabechancengesetz (siehe 1.5-03)
- Erarbeitung einer Handreichung zum Flexirentengesetz
- Berücksichtigung bei TUP-Artikel (Heft 3/2017)

1.5-10 Empfehlung, die Praxisintegrierte Ausbildung (PiA) von Erzieherinnen und Erziehern bundesweit vor Ort umzusetzen (Be Baden)

Beschluss: Annahme

AWO positioniert sich zur praxis-integrierten Ausbildung für Erzieher*innen (siehe Positionspapier zur Erzieher*innenausbildung), hat aufgrund der landesgesetzlichen Regelungen aber keine Entscheidungsgewalt; Erzieher*innenausbildung ist ständiges Thema im AK; Kontakt mit AWO-Fachschulen/Akademien initiiert.

1.6 Bildungspolitik

1.6-01 Lebensbegleitendes Lernen unterstützen – Berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung stärken (Präsidium)

Beschluss: Annahme

Ausbau des Bundesnetzwerkes für Fort- und Weiterbildung in der AWO. Erweiterung des fachlichen Diskurses zum Thema Stärkung der Fort- und Weiterbildung. Entwicklung und Realisierung eines gemeinsamen Flyers der AWO Bildungsträger.

1.6-02 Chancengerechtigkeit durch Bildung – Chancengerechtigkeit in der Bildung (Präsidium/BJW)

Beschluss: Annahme (Begriffsklärung Chancengleichheit – Chancengerechtigkeit in Grundsatzkommission)

- Erarbeitung des Positionspapiers „Gute Orte für Kinder – Anforderungen und Herausforderungen für eine gelingende Bildung von Schulkindern“ (Dezember 2017)
- Initiative Expert*innen-Runde „Rechtsanspruch guter Ganztage“ (seit 2018, mehrere Publikationen)
- Online-Kampagne „Guter Ganztage. Ganz schnell? Ganz gut?!“ (Sommer 2020)

1.6-03 Chancengerechtigkeit im Bildungssystem (Be Potsdam)

Beschluss: Annahme Zeilen 3-13 Überweisung an das Präsidium Zeilen 14-17

zu Zeilen 14-17: Positionspapier des Präsidiums „Keine Bildung ohne Fachkräfte – Standards der Erzieher*innen-Ausbildung sichern, Attraktivität erhöhen“ vom 21.09.2018.

1.7 Kinder- und Jugendpolitik

1.7-01 Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung – Umsetzung von Kinderrechten innerhalb der Arbeiterwohlfahrt (Präsidium)

Beschluss: Annahme

- Intensivierung der Lobbyarbeit auf Bundesebene
- Befassung in mehreren bundesweiten Gremien, in denen der BV vertreten ist, u.a. Stellungnahmen der BAGFW – Wahlprüfstein – und weitere Planung folgt nach Bundestagswahl
- Im Koalitionsvertrag für die 19. Legislaturperiode ist festgehalten, dass im GG ein ausdrückliches Kindergrundrecht geschaffen werden soll.

1.7-02 Demokratie braucht Partizipation – Herausforderungen für Jugendpolitik und Jugendhilfe (Präsidium/BJW)

Beschluss: Annahme

Systematische Analyse und Auswertung der Aktivitäten der 16 Referenzkommunen im Bundesprogramm „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ im Hinblick auf Beteiligung benachteiligter Jugendlicher und korrespondierender AWO Aktivitäten. (11.2017).

1.7-03 Klasse und Masse – wir brauchen mehr und bessere Angebote der Bildung, Betreuung und Erziehung (Präsidium)

Beschluss: Annahme

- Weiterführung des Bündnisses für ein Bundeskitaqualitätsgesetz (Workshops im Januar 2017; März 2018, September 2018; Februar 2020)
- Begleitung und Lobbyarbeit zum Gute-Kita-Gesetz, diverse PMs
- Teilnahme am Expertengremium zum Monitoring Gute-Kita-Gesetz
- Homepage, Beteiligung am Bund-Länder-Dialog, ständiges Thema im AK Kita & Kindertagespflege
- Positionspapier „Anforderungen an ein tragfähiges Finanzierungssystem für Kindertageseinrichtungen“ (November 2017)
- Erstellung Positionspapier DV AG Kindertagespflege, Mitarbeit im Beirat des Bundesverbandes für Kindertagespflege, AT Kindertagespflege
- Positionspapier "Fach- und Praxisberatung für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege" (Juni 2020)
- Netzwerktagungen Fachberatung

1.7-06 Studie zu Auswirkungen der Verlagerung der Betreuungszeiten in Kitas („24h-Kita“) (LV Sachsen-Anhalt)

Beschluss: Annahme

AWO ist stark am Bundesprogramm „Kita Plus“ vertreten; eine Studie bzw. kritische Bestandsaufnahme liegt bereits vor (Hans Böckler Stiftung 2018)

1.7-07 Die Umsetzung des Kompetenzorientierten Qualifizierungshandbuch für die Kindertagespflege gibt es nicht zum Nulltarif (Präsidium)

Beschluss: Annahme

- Öffentlichkeitsarbeit
- Zusammenarbeit mit Bundesverband für Kindertagespflege verstärken, Mitarbeit im Beirat des Bundesverbandes für Kindertagespflege
- Thematisierung im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem BMFSFJ, Arbeitsgruppen

- Zusammenarbeit mit den Kolleg*innen aus dem AF Kindertageseinrichtungen im AK Kinderbetreuung
- Bundesprogramm ProKindertagespflege ist etabliert

1.7-08 Reform des SGB VIII (Präsidium)

Beschluss: Annahme

Weitere Begleitung des Gesetzgebungsvorhabens; Thematisierung im Rahmen verschiedener AKs, NWT;

1.7-12 Informationskampagne über Leistungen des SGB VIII für Flüchtlingskinder (Be Weser-Ems)

Beschluss: Annahme

Behandlung im AK Kinderbetreuung, ansonsten: Verweis auf Bundesprogramm „Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung“

1.7-13 Radikalisierungsprävention im Kinder- und Jugendhilfebereich stärken! (LV Sachsen-Anhalt)

Beschluss: Annahme

- Verbreitung des Ansatzes „Kinderstube der Demokratie“ in Kitas
- Beteiligung am Bundesprogramm „Demokratie leben“, ESF Projekt „(Geflüchteten) Kindern vorurteilsbewusst begegnen“
- Fachtagung „Demokratie fördern in und mit Familien!“ 2019
- Fortbildung für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe
- Netzwerktagungen Fachberatung 2018 und 2019
- Praxisbuch Kivobe. Methoden, Materialien und Strategien für die vorurteilsbewusste Praxis und Struktur in der Kindertagesbetreuung aus dem Projekt „Kivobe – Kindern vorurteilsbewusst begegnen“ (Sommer 2020)

1.7-14 Ganztagschulen gemeinsam stärken und ihre Qualität sichern (Präsidium)

Beschluss: Annahme

Positionspapiere „Der AWO geht es um mehr! Gute Förderung junger Menschen bedarf bester Ressourcen!“ (17.10.2017) und „Gute Orte für Kinder – Anforderungen und Herausforderungen für eine gelingende Bildung von Schulkindern“ (Dezember 2017).

AWO Initiative: Arbeitsbündnis und Expert*innen-Runde „Rechtsanspruch guter Ganztag“ (seit 2018, acht Workshops, mehrere Publikationen)

Online-Kampagne „Guter Ganztag. Ganz schnell? Ganz gut?! #guterGanztag“ (Sommer 2020)

1.7-15 Schulsozialarbeit systematisch ausbauen und professionell organisieren (Präsidium)

Beschluss: Annahme

Veröffentlichung des Grundsatzpapiers „Das Selbstverständnis der Schulsozialarbeit angesichts gesellschaftlicher Herausforderungen“ (09.2019) und „Jenaer Erklärung zur Schulsozialarbeit“ (10.2019), Bundeskongress Schulsozialarbeit Jena 2019

1.7-17 Kinderarmut endlich beseitigen! Ein gutes und gesichertes Aufwachsen für alle Kinder (ZFF)

Beschluss: Annahme

- Weiterverfolgung in der Nationalen Armutskonferenz
- Mitarbeit im Bündnis Kindergrundsicherung gemeinsam mit dem ZFF
- generelle Lobbyarbeit für eine Kindergrundsicherung
- fachliche Begleitung der AWO-ISS-Studie
- Erstellung eines Forderungspapiers zur AWO-ISS-Studie
- Beteiligung am Ratschlag Kinderarmut
- Themenwoche im Rahmen der Bundestagswahl-Kampagne der AWO 2017
- Fraktionsgespräche
- diverse Pressemeldungen
- diverse Vorträge
- AWO-ISS Folgestudie „Armut im Kindes- und Jugendalter“
- Schwerpunktthema im Rahmen der AWO-Federführung der NAK seit Anfang 2019

1.7-18 Kinderarmut bekämpfen – Grundsicherung einführen (LV Saarland)

Beschluss: Annahme

- Mitarbeit im Bündnis Kindergrundsicherung
- Diverse PM zum Thema

1.7-20 Sofortige Abschaffung der Anrechnung des Elterngeldes auf Leistungen des SGB II, SGB XII und Kinderzuschlag nach § 6a BKGG (LV Sachsen-Anhalt)

Beschluss: Annahme

- Kritische Begleitung des Starke-Familien-Gesetzes
- Austausch zu Schnittstellenfragen im Familienleistungssystem im Rahmen des Bündnis Kindergrundsicherung
- Fraktionsgespräche

1.7-21 Internationale Jugendarbeit stärken – AWO fördert die internationale Öffnung der Kinder- und Jugendhilfe (Präsidium/BJW)

Beschluss: Annahme

- Deutsch-französische Fortbildung für pädagogische Fachkräfte und Jugendleiter*innen zu Kinder- und Jugendbegegnungen (2017, 2020)
- Einführung jährlicher Vernetzungstreffen zur Internationalen Jugendarbeit in der AWO und im Jugendwerk der AWO (2017, 2018, 2019, 2020)
- Einführung jährlicher Bilanzberichte zur Internationalen Jugendarbeit in der AWO und im Jugendwerk der AWO (2018, 2019, 2020)
- Erstellen eines Infoflyers zu Beratungs- und Unterstützungsangeboten des BuV im Bereich Internationale Jugendarbeit (2020)
- Information und Beratung der Gliederungen und Projektträger
- Behandlung des Themas im AK Europa und im AK Jugendsozialarbeit, Jugendarbeit und Ganztagschule
- Informationsaustausch und Kooperationen mit dem BJW
- Begleitung der Entwicklung von Ansätzen zur Erhöhung der Zugangschancen für benachteiligte Jugendliche in AGs/Gremien des DFJW und der Nationalen Agentur Erasmus+ Jugend für Europa

1.8 Familienpolitik

1.8-01 Familienbildung der Arbeiterwohlfahrt stärken (Präsidium)

Beschluss: Annahme

Intensivierung der Lobbyarbeit auf Bundesebene:

- Fachgespräch mit Dr. Felgentreu (MdB, SPD) und Alexander Nöhring (ZFF), 11.07.2017; Gespräch Ulrike Bahr (04-2020)
- Zukunftsgespräch Familienbildung mit Expert*innen und MdBs/MdA (23.04.2018)
- PM Weltelterntag
- Positionspapier: Familien begleiten – von Anfang an!
- Appell Familienbildung sichern (04/2020)
- Aufruf Konsortium zur Sicherung von Familienbildung (09/2020) Umsetzung Elternchance:
- Neuauflage Broschüre „Zukunft begleiten“ (2017); Positionspapier Konsortium Elternchance (2017/18)
- Elternbegleitung bei der AWO in GEKO (11/2018) Fachöffentlichkeit/-politik/Fachartikel:
- Familienbildung mit und für Familien in benachteiligenden Lebenslagen gestalten" <http://www.sgbviii.de/files/SGB%20VIII/PDF/S194.pdf> (2017)

- „Eltern stärken – neue Wege in der Zusammenarbeit mit Familien“ Meine Kita, 3/17
- Fachartikel „Mit Eltern im Dialog – (bildungsbezogene) Zusammenarbeit mit Familien verändern“ (2018)
- Familienbildung als Ort der Demokratieförderung 02/2019 (TUP) und 02/2020 (Stimme der Familie)
- Fachartikel Stimme der Familie (01/2020): Familienbildung als Ort der Demokratiebildung Fachliche Weiterentwicklung
- Anbindung an AK Kita jährliche Netzwerktagung

1.8-02 Zeit für Fürsorge (Präsidium)

Beschluss: Annahme

- AWO-Ansicht zum Thema Care (in Planung) Expert*innen
- Workshop im Rahmen des Fachausschusses Kinder, Jugend, Frauen, Familie, Bildung am 16.3.2017
- Weiterbehandlung im Fachausschuss Kinder, Jugend Frauen, Familie und Bildung
- Positionspapier (mit Rolle der AWO als Arbeitgeberin)
- Expert*innenanhörung im BMAS (Okt. 2018)
- Mitarbeit in Arbeitsgruppe „Care braucht mehr!“ des Fachausschusses IV Kindheit, Kinderrechte und Familienpolitik ab 01/2019
- Behandlung des Themas im AK Familienpolitik des Deutschen Vereins
- Mitarbeit im Beirat zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf/ Leitung der Arbeitsgruppe Arbeitszeitsouveränität und Entgeltersatzleistungen

1.8-03 „Familienarbeitszeit als Modell der Zukunft“ Flexible Lösungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Be Hannover)

Beschluss: Annahme

- AK Familie und Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf wurde eingestellt
- Öffentlichkeitsarbeit zum Thema im Rahmen der Bundestageswahl und danach
- siehe auch Antrag „Zeit für Fürsorge“ (1.8-2)

1.8-04 Familie stärken (LV Schleswig-Holstein)

Beschluss: Annahme

Behandlung des Themas

- im AK Familie und Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf (inzwischen eingestellt) und AK Kinderbetreuung
- im Beirat zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf des BMFSFJ
- im Fachausschuss Kindheit, Kinderrechte und Familienpolitik

- im Beirat des Bundesverbandes für Kindertagespflege
- Regelmäßiger Austausch mit BMFSFJ und BAGFW zur Weiterentwicklung von Angeboten und Qualität der Kindertagesbetreuung

1.9 Frauen- und Gleichstellungspolitik

1.9-01 Arbeiterwohlfahrt sichert Geschlechtergerechtigkeit (Präsidium)

Beschluss: Annahme

- TuP Artikel zu Geschlechtergerechtigkeit
- Behandlung im AK Frauen und Gleichstellung und Fachausschuss Jugendpolitik und Bildung
- Begleitung und Unterstützung der Kommission "Geschlechtergerechtigkeit in der AWO" des Präsidiums in ihren im Beschluss festgelegten Aufgaben, u.a. bei der Entwicklung eines Positionspapiers Geschlechtergerechtigkeit
- Gemeinsam mit dem Projekt Gleichstellungsbericht Entwicklung von Handlungsempfehlungen für mehr Geschlechtergerechtigkeit in der AWO

1.9-02 Umsetzung völkerrechtlicher Vorgaben zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen / Schutz vor Gewalt gegen Frauen als Querschnittsaufgabe (Präsidium)

Beschluss: Annahme

Lobbyarbeit auf Bundesebene durch gezielte Ansprache von MdBs besonders im Wahlkampf, Entwicklung eines Gesetzesvorschlages im Rahmen der Frauenhauskoordinierung; TuP Artikel zu Geschlechtsspezifischer Antigewaltarbeit (Heft 2 – 2017), Behandlung des Themas im AK Frauen und Gleichstellung und Koordinierungskreis Unterstützung gegen häusliche Gewalt

1.9-03 Gleichstellung von Menschen unabhängig ihrer geschlechtlichen Identität und sexuellen Orientierung (Präsidium/BJW)

Beschluss: Annahme

Öffentlichkeitsarbeit / Informations- und Qualifizierungsmaßnahmen, Sensibilisierung zum Thema queere Lebensweisen ggf. Fortbildungen / Verbandliches Profil zum Thema stärken / Zusammenarbeit mit dem BMFSFJ (Referat "Gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Geschlechtsidentität") ausbauen / Frühjahr 2017 NAP gegen Rassismus und Homo- und Transphobie kritisch begleiten. Behandlung im AK Frauen und Gleichstellung, Kommission Geschlechtergerechtigkeit, Thema beim DJHT 2017 Seit 2020 Mitarbeit im „Dialogforum geschlechtliche Vielfalt in der Beratung“ des BMFSFJ

1.9-04 Eingetragene Lebensgemeinschaften gleichberechtigt fördern - Änderungen des § 52 Absatz 2 Ziffer 19 der Abgabenordnung (Be Westl. Westfalen)

Beschluss: Annahme

- Lobbyarbeit, auch im Rahmen des Bundestagswahlkampfes
- gezielte Ansprache von MdBs

1.9-05 Sexarbeit? Sexarbeit! Gegen Stigmatisierung und Symbolpolitik (Be Niederrhein)

Beschluss: Überweisung

Behandlung des Themas im AK Frauen und Gleichstellung

1.10 Migrations- und Integrationspolitik

1.10-01 Menschen nach der Flucht – Solidarität ist unsere Stärke! Aufnahme von Flüchtlingen / Information und Orientierung als Grundlage / faire Asylverfahren / gelingende Integration (Präsidium)

Beschluss: Annahme

- Regelmäßige Thematisierung im AK Migration und Kokeis;
- Berücksichtigung in den Tagungen und Schulungen der Abteilung
- Stellungnahme zu fairen Asylverfahren im Netzwerk Memorandumsgruppe erfolgt
- Lobbyarbeit und Öffentlichkeitsarbeit PM; diverse;
- Präsidiumsbeschlüsse zu europäischer Asylpolitik und Familiennachzug
- Broschüre „Soziale Arbeit mit geflüchteten Menschen. Ein Leitfaden für die AWO Beratungspraxis.“
- Zahlreiche Fortbildungen zu Flucht und Asyl
- Broschüre „Rückkehr und Abschiebung – zwischen Freiwilligkeit und Zwang“
- Broschüre „Das Rechtsdienstleistungsgesetz“

1.10-02 Für Menschen nach der Flucht. Miteinander in Würde leben. (Be Mittelrhein)

Beschluss: Annahme

s. 1.10-1

1.10-03 Besonders schutzbedürftige geflüchtete Menschen in AWO Einrichtungen (Präsidium)

Beschluss: Annahme

- Durchführung von zwei Projekten zu: Schutz von Kindern und Jugendlichen in Unterkünften der Flüchtlingshilfe, Ausbildung von Gewaltschutzkoordinator*innen
- Empowerment von geflüchteten Frauen in Unterkünften der Flüchtlingshilfe
- Qualifizierung von Mitarbeiter*innen in Flüchtlingsunterkünften zu den Themen

1.10-04 Interkulturelle Öffnung als Gestaltungsauftrag der Einwanderungsgesellschaft (Präsidium)

Beschluss: Annahme

- Bearbeitung und Beratung im AK Migration
- AK Migration wird in 2018 die Entwicklung von IKÖ-Standards sowie eines - Siegels intensiv bearbeiten -> Leitlinien zur interkulturellen Öffnung wurden von der Geschäftsführerkonferenz verabschiedet (2020)
- Bearbeitung im AK Migration: Interkulturelle Öffnung als Gestaltungsauftrag der Einwanderungsgesellschaft wurde in das Grundsatzprogramm der AWO aufgenommen

1.10-05 Gemeinschaftsaufgabe Flüchtlingshilfe (Be Weser-Ems)

Beschluss: Überweisung an das Präsidium

- Beschluss Fachausschuss: Die Flüchtlingshilfe muss in alle Arbeitsbereiche integriert und daraus finanziert werden.
- Aufgegriffen in der am 21.09.2018 verabschiedeten Erklärung des Präsidiums „Wir schaffen das, weil wir Verantwortung übernehmen“

1.10-07 Die Wende der Flüchtlingspolitik von der Willkommenskultur zur Festung Europas (Be Weser-Ems)

Beschluss: Annahme

- Politische Lobbyarbeit, BAG Pro Asyl
- Memorandumgruppe, Pressemitteilungen
- Netzwerkarbeit auf europäischer Ebene ECRE
- diverse Stellungnahmen und Präsidiumsbeschlüsse zum Europäischen Asylsystem und Dublin Verordnung
- Briefe an BMI und Kanzleramt

1.10-08 Uneingeschränkter Elternnachzug zu unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten (Be Ostwestfalen-Lippe)

Beschluss: Annahme

- Positionspapier Familiennachzug
- Mehrere Briefe an das BMI
- Forderung wird lfd. in alle Stellungnahmen aufgenommen

1.10-09 „Ein modernes Einwanderungsgesetz für alle!“ Deutschland als Einwanderungsland mit Chancengleichheit und Teilhabe (Be Hannover)

Beschluss: Annahme (Verwertungslogik bedenken)

- Permanente Mitwirkung in der SPD-Bundestagsfraktion

1.10-10 Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist (Art. 1, Abs. 1, Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland) „ Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. (Be Niederrhein)

Beschluss: Annahme

- kontinuierliche Lobbyarbeit, siehe 1.10-1, 1.10-2 und 1.10-7

1.10-11 Legale und gefahrenfreie Zugangswege für Schutzsuchende in die EU (BJW)

Beschluss: Annahme

- Regelmäßige Pressearbeit
- Politische Lobbyarbeit und Stellungnahmen in Netzwerken (ECRE, Memorandumsgruppe, BAGFW, BAG Pro Asyl)
- Voraussetzung des Präsidiumsbeschlusses zu Rückkehr und Abschiebung und Forderung in Briefen der BAGFW an die IMK und die Bundeskanzlerin
- diverse Stellungnahmen und Präsidiumsbeschlüsse zum Europäischen Asylsystem und Dublin Verordnung
- Briefe an BMI und Kanzleramt
- erledigt durch Mittelerhöhung 2017 (BAMF)

1.10-12 Nachhaltige Sprachförderung ausbauen (Be Ostwestfalen-Lippe)

Beschluss: Annahme

- erledigt durch Mittelerhöhung 2017 (BAMF)

1.10-13 Integration ist kein Spezialthema, sondern eine Querschnittsaufgabe. Bildungs- und Sozialpolitik für zusätzliche Aufgaben stärken!“ (Be Hannover)

Beschluss: Annahme

- Wir arbeiten an der Inklusion

1.10-14 Integration von Anfang an (Be Hessen-Nord)

Beschluss: Annahme

- Zugang zu Sprachkursen wurde geöffnet
- Umsetzung unklar

1.10-15 Öffnung der Förderangebote für Flüchtlinge und für alle Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland (Be Hessen-Nord)

Beschluss: Überweisung an das Präsidium

- Aufgegriffen in der am 21.09.2018 verabschiedeten Erklärung des Präsidiums „Wir schaffen das, weil wir Verantwortung übernehmen“

1.10-16 Migrationsberatung für Erwachsene flächendeckend und bedarfsgerecht ausbauen (LV Bayern)

Beschluss: Annahme

- permanente Handlungsaufgabe der Abt. 2 (siehe Bundesprogramme)
- Regelauftrag des Bundesverbandes
- Optimierung der Landesfinanzierung muss angestrebt werden

1.10-17 Bedarfsgerechter Ausbau der Jugendmigrationsdienste (JMD) (LV Bayern)

Beschluss: Annahme

- permanente Handlungsaufgabe der Abt. 2 (siehe Bundesprogramme)
- Regelauftrag des Bundesverbandes
- Optimierung der Landesfinanzierung muss angestrebt werden

1.10-18 Verbesserung der rechtlichen Situation von Afghaninnen und Afghanen in Deutschland (LV Schleswig-Holstein)

Beschluss: Annahme

- Teil der öffentlichen Mitteilungen/der Öffentlichkeitsarbeit
- anlassbezogene Lobbyarbeit und Pressemitteilungen

1.11 Gewinnung von Fachkräften

1.11-01 Zukunft der Sozialen Berufe – Soziale Berufe der Zukunft (Präsidium)

Beschluss: Annahme

Behandlung des Themas erfolgt in Abstimmung mit dem AK Personal und dem AK
Altenhilfe

2 Anträge Engagement- und Verbandspolitik

2.1 Wertegebundenes Unternehmen

2.1-01 AWO als gute Arbeitgeberin – Werte im Führungshandeln (Präsidium)

Beschluss: Annahme

Befassung im AK Personal (Stand 03.03.2020):

- Durchgeführte Workshops und Befassung im AK haben ergeben, dass eine solche bundesweit geltende Ausarbeitung aufgrund der Vielfältigkeit nicht sinnvoll im Kreise des AK möglich ist: Anzahl der Teilnehmenden des AK nicht repräsentativ für AWO Deutschland; Verweis auf regional vielfältige Aktivitäten zielführend.
- Alle bislang erarbeiteten Dokumente (aus Workshops etc.) werden vom AK Personal im Sitzungsservice zur Verfügung gestellt

2.1-02 AWO als gute Arbeitgeberin – authentische und effektive PR-Maßnahmen zur Fachkraftgewinnung auf Bundesebene (Be Unterfranken)

Beschluss: Annahme

- Umsetzung abhängig von Umsetzung des Beschlusses 2.1-1, daher Einbettung in die o.g. Umsetzungsschritte erforderlich
- siehe 2.1-1 mit Verweis auf regionale Aktivitäten

2.1-03 Entwicklung einer Diversity-Strategie (Be Braunschweig)

Beschluss: Annahme

- Durchführung des Projektes „Vielfaltsbewusst in Führung. Mit Diversity Management Potentiale erkennen, Strukturen verändern, Personal gewinnen und binden AWO Bundesverband e. V. mit Projektstandorten BE Schwaben und BE WW.“ Projektlaufzeit: 01.07.2019 – 30.06.2022
- Kommunikation des Projektstandes und erster Erfahrungen in die Geko, AK Frauen und Gleichstellung und die Kommission Geschlechtergerechtigkeit.

2.1-04 Die AWO für Vielfalt (Präsidium)

Beschluss: Annahme

Erledigt durch die Verabschiedung des Grundsatzprogramms. Verschiedene Modellvorhaben die durchgeführt werden, um den Gliederungen einen Rahmen für die operative Umsetzung zu bieten

2.1-05 Arbeiterwohlfahrt und Religion (Präsidium)

Beschluss: Annahme (Begrifflichkeit konfessionell überdenken)

Hat Eingang in das aktuelle AWO Grundsatzprogramm gefunden und wird im Rahmen von dessen Umsetzung weiter Berücksichtigung finden.

2.1-06 Branchentarifvertrag Soziales (Präsidium)

Beschluss: Annahme

- Berücksichtigung bei den erfolgreichen Aktivitäten und Initiativen der AWO für einen Tarifvertrag Soziales

2.1-09 Grundsätze der Arbeiterwohlfahrt zu verantwortungsvoller Verbands- und Unternehmensführung innerhalb der AWO (Präsidium/ Kommission Compliance)

Beschluss: Annahme

- Verabschiedung des AWO-Governance-Kodex durch den Bundesausschuss am 25.11.2017 als Überarbeitung des AWO-Unternehmenskodex
- Verabschiedung eines weiterentwickelten AWO-Governance-Kodex durch den Bundesausschuss am 5.12.2020
- Beschluss des Präsidiums vom 31.01.2020 „Wir klären auf: für Transparenz und Werthaltung in der AWO“ zur Einführung einer Transparenzdatenbank
- Erarbeitung einer Arbeitshilfe zur Vergütung der Geschäftsführung
- Erarbeitung einer Arbeitshilfe zur Erstellung einer eigenen Korruptionspräventionsrichtlinie

2.2 Grundsatzprogramm

2.2-01 Selbstkontrahierungsverbot - Änderung des Grundsatzprogramms der AWO (Be Niederrhein e.V.)

Beschluss: Überweisung an das Präsidium

Bewertung des Vorschlags in Kommission Compliance, AK Recht; Übertragung der Regelung vom Grundsatzprogramm in den AWO-Governance-Kodex

2.3 Bürgerschaftliches Engagement

2.3-01 Öffnung und Profilierung der AWO Freiwilligendienste (Präsidium)

Beschluss: Annahme

- Strategieentwicklung und Maßnahmenkatalog, auf beschlossene Ziele ausgerichtet
- Fachtagung FWD 2017: Was macht das FSJ und den BFD aus – Profilbildung in der AWO
- Fachtagung FWD 2018: Aktionsjahr 2019 – Planung von Aktivitäten zur Bedeutung von sozialer Gerechtigkeit und Solidarität
- Erfolgreiche Umsetzung des Aktionsjahres in den FWD 2019/ 2020 und Verknüpfung mit AWO-Jubiläum
- Neuausrichtung der Öffentlichkeitsarbeit mit Website awo-freiwillich.de und Einsatzstellenbörse
- Fortbildungen für päd. MA u.a. zur politischen Bildung, soziale Ungleichheit, Gender und Vielfalt, Methoden der Partizipation, Medienarbeit mit FW
- Fachtagung 2019: Soziale Gerechtigkeit und Solidarität in der pädagogischen Praxis und Öffentlichkeitsarbeit – Ein Zwischenfazit zum Aktionsjahr
- Arbeitshilfe / Konzept politische Bildung in den AWO Freiwilligendiensten, veröffentlicht 2020

2.3-02 Höhere Anerkennung für Freiwilligendienstleistende (LV Berlin)

Beschluss: Annahme

- Führung von politischen Gesprächen (mit Bundesarbeitskreis FSJ)
- Unterstützung und Begleitung der jährlichen bundesweiten #-Aktion freiefahrt fuer freiwillige
- Unterstützung der verbändeübergreifenden Projekte „Freiwilliges JA“ und „Für Freiwillige.de“
- Positionierung und Pressearbeit zum Konzept Freiwilligenjahr des BMFSFJ

2.3-03 Stärkung der Freiwilligendienste – Wir begeistern (junge) Menschen für die AWO (Be Westl. Westfalen)

Beschluss: Annahme

s. 2.3-1

2.3-04 Ehrenamtsfreibetrag (LV Bayern)

Beschluss: Überweisung (Auftrag, ein Gesamtkonzept zur Stärkung und Förderung ehrenamtlicher Arbeit zu erstellen)

- Befassung im Fachausschuss Verbandspolitik und AK Finanzen

- Jahressteuergesetz 2020: Die Grenzen für steuerfreie Aufwandsentschädigungen wurden von 2.400 auf 3.000 Euro (Übungsleiterpauschale) bzw. von 720 auf 840 Euro (Ehrenamtspauschale) angehoben.

2.4 AWO gegen Rechtsextremismus

2.4-01 AWO gegen Rassismus (Präsidium)

Beschluss: Annahme

- AG AWO gegen Rassismus: beteiligt sind sieben Träger von Demokratieprojekten; jährlich zwei Treffen beim Bundesverband; laufend
- AWO Diskussionsforum „Vorurteile, Ressentiments und Populismus“ im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus seit 2017; jährliche Veranstaltung
- Kooperation AWO-LMU „Den Menschen im Blick“ zur Entwicklung von Bildungskonzepten und Fortbildungsmodulen seit 2017; Ziel: AWO-spezifische Bildungsmodulare für die zukünftige Fortbildungsgestaltung.
- Kooperation AWO-ZWST-Kompetenzzentrum zur Gestaltung von Workshops zur Erinnerungskultur und zum gegenwärtigen Antisemitismus seit 2018
- Wanderausstellung „Unsere Zeichen und Stimmen gegen Rassismus“ von 2018 bis 2019
- Quartiersentwicklung zur Demokratiestärkung

2.4-02 AWO aktiv gegen menschenverachtende Einstellungen – Koordinationsstelle für Demokratieförderung und Extremismusprävention und gegen Menschenfeindlichkeit, Hass u. Gewalt (Be Hessen-Süd)

Beschluss: Annahme

- Antrag zur Förderung der Fachstelle „Zusammenhalt durch Teilhabe in der Sozialen Arbeit“ bewilligt; Förderzeitraum: 1.4.2020 bis 31.12.2024.
- Abt. 2 arbeitet an der Bündelung von Praxisbeispielen, Wissensbeständen und Informationen
- Seit dem 01.01.2018 ist der AWO Bundesverband Zentralstelle für das Bundesprogramm „Respekt Coaches“, das vom BMFSFJ gefördert wird und Schüler*innen gegen religiös begründeten Extremismus stärkt; die Umsetzung erfolgt an 47 Standorten durch die Jugendmigrationsdienste der AWO, welche hierfür mit Schulen sowie Trägern der Radikalisierungsprävention und der politischen Kinder- und Jugendbildung kooperieren

2.4-03 Kommission Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (BJW)

Beschluss: Annahme

- Umbenennung ist erfolgt (20.03.2017)
- Da die Beschäftigung mit „Rechtsextremismus“ den Blickwinkel einengt und den Rassismus in der Mitte der Gesellschaft außen vor lässt, wird sich die Tätigkeit zukünftig stärker auf die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit beziehen

2.4-04 Für gesellschaftlichen Zusammenhalt, gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Rassismus (Be Mittelrhein)

Beschluss: Annahme

- siehe auch 2.4-1
- Publikation 2020: „Vorurteile, Hass und Gewalt“
- Publikation 2019:
 - „Die Einwanderungsgesellschaft und der rechte Terror. Fakten und Folgerungen aus dem NSU-Prozess“
- Publikationen 2018:
 - „Rassismus, Ausgrenzung, Gewalt. Klärungen für die Soziale Arbeit“
 - „Zusammenhalt stärken! Einblicke in die Wirkung der Engagementförderung im Rahmen des Projektes Begegnung und Partizipation im Engagement mit Geflüchteten“
- Publikationen 2017:
 - Broschüre „AWO Positionen gegen rechts“ (1.+2. Aufl. 2017, 3. Aufl. 2018, 4. Aufl. 2019), insgesamt 37.000 Exemplare
 - Verbandsbroschüre „Miteinander gegen Hass, Diskriminierung und Ausgrenzung“ (1.+2. Aufl. 2017)
- Positionspapiere des Präsidiums

2.4-05 Praxis des ‚Racial Profiling‘ abschaffen (BJW)

Beschluss: Annahme

- Aufnahme in den zivilgesellschaftlichen Anhang des Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus (2017)

2.4-06 Haltung zeigen! Geschlossen gegen die AfD – Gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus (LV Saarland)

Beschluss: Annahme

- Beschluss des Präsidiums vom 04.10.2017 zum Umgang mit der AfD

- In der Verbandsbroschüre „AWO Positionen gegen rechts“ ist der „Verhaltenskodex II“ eingebaut, wo es um den Umgang mit diskriminierenden, rassistischen Äußerungen und Rechtsextreme geht.

2.5 Mitgliederentwicklung

2.5-01 Die AWO als Mitglieder- und Engagementverband stärken (Präsidium)

Beschluss: Annahme

- Weiterführung und Abschluss des Aktionsprogramms zur Stärkung des Mitgliederverbandes 2015 bis 2020
- Netzwerktagen Verbandsentwicklung und Engagement in Marktbreit Nov 2017 und Okt 2018
- Workshops Mitarbeitende für eine aktive Mitgliedschaft gewinnen
- 2017 bis 2019 mehrere Fortbildungen: „Erfolgreiche Verbandsentwicklung“, „Engagiert in der AWO“ und „Die AWO praxisorientiert vermitteln“
- Webinarreihe „Fokus Verbandsentwicklung“
- kontinuierliche Weiterentwicklung des Online-Handbuchs Mitgliederarbeit
- Newsletter AWO-Tipps
- Austausch- und Vernetzungsplattform HumHub
- Revision der Norm F+O mit dem Ziel, die Verantwortung der Unternehmen für den Mitgliederverband im Managementsystem zu verankern
- Jährliche AWO-Aktionswoche seit 2016, in 2020 als digitale Aktionswoche
- Lotte Lemke Engagementpreis seit 2019 (Erstausschreibung im Sommer 2018)
- Unterstützung bei der Einrichtung von Beratungsteams
- kontinuierliche Beratung der Gliederungen

2.5-02 Übergänge gestalten (Präsidium/BJW)

Beschluss: Annahme

- Veranstaltung im Rahmen des Bundesjugendwerkstreffen 2017 „Wie geht's weiter nach dem Jugendwerk?“
- Handreichung: Umsetzung der Doppelmitgliedschaft
- Fortbildung „Engagiert in der AWO“
- Maßnahmenplan erarbeitet
- Gemeinsame Konferenz AWO / Jugendwerk Nord 2019

2.5-03 Beitragsordnung (Präsidium)

Beschluss: Annahme

- Die Beitragsordnung wurde in das Mitgliederhandbuch eingestellt.

- Dem Online-Mitgliedsantrag kann die Beitragsordnung entnommen werden
- Das Mitgliedsbuch bedarf noch einer Überarbeitung, bevor dort auch die Beitragsordnung übernommen wird.

2.5-05 Beitritts- und Änderungsmeldung (Mitgliedsformular) (Be Württemberg)

Beschluss: Annahme

- Das Online- wie Offlineformular enthält die zwingend notwendigen Inhalte für die Vereinbarung einer Mitgliedschaft. Eine weitere Reduzierung erscheint rechtlich nicht möglich.
- Absprachen Bundesjugendwerk wg. Berücksichtigung Doppelmitgliedschaft haben stattgefunden: Anträge auf Doppelmitgliedschaft wurden bisher als Information vorgehalten, ab Update Frühjahr 2021 auch digital automatisiert übertragen.
- Eine Änderungsmeldung wird ab Frühjahr 2021 digital möglich sein.

2.5-06 Jahresbeitrag für (Förder-)Mitglieder (Be Württemberg)

Beschluss: Überweisung

Jahresbeiträge können in ZMAV eingegeben werden.

2.5-07 Mitgliederverband in den Mittelpunkt des Handelns rücken (Be Braunschweig)

Beschluss: Annahme

- Umsetzung im Rahmen des Aktionsprogrammes zur Stärkung des Mitgliederverbandes (siehe 2.5.1)
- Überarbeitung der Norm Führung und Organisation im AK ME und AK QM: Ziel Verankerung der Führungsverantwortung für den Mitgliederverband in den Unternehmen; Beschluss durch Fachausschuss Verbandspolitik, Präsidium Geschäftsführer*innenkonferenz

2.5-08 Resolution: Keine Menschenfeinde in der AWO (BJW)

Beschluss: Annahme (Auftrag an das Präsidium: Prüfung der Rechtslage)

Verbandspolitisch in diverse Diskussionen & Prozesse eingeflossen; Positionierung im Grundsatzprogramm erfolgt (2019); weiterhin im Leitantrag Verbandspolitik konkretisiert (2021); Vereinsrechtliche Komponente wurde in Vorbereitung auf die BuKo erneut aufgegriffen & Thematik am 8.4. im Präsidium diskutiert. Voraussichtlich werden zur BuKo entsprechende Ergänzungen/Änderungen des Statuts vorgeschlagen.

2.5-09 Quote junger Menschen in allen AWO Gremien (BJW)

Beschluss: Annahme

- Umsetzung kann nur in den Gliederungen erfolgen
- Möglichkeiten der Darstellung im Mitgliederbericht wurden geprüft

2.6 Qualitätsmanagement

2.6-01 AWO aus einer Hand (Präsidium)

Beschluss: Annahme

Workshop zur Umsetzung von „AWO aus einer Hand“ auf der Netzwerktagung Verbandsentwicklung 2017. Fachübergreifende Abstimmung von möglichen Verfahrensweisen im Bundesverband mit Feststellung der Tragweite des Vorhabens sowie dem für seine Umsetzung notwendigen Ressourcenbedarf. Entscheidungsfindung über konkrete Schritte steht aus. Das Anliegen des Antrags bleibt ein wichtiges Querschnittsthema im Rahmen von Strategieentwicklung, Qualitätsmanagement und insbesondere auch im Bereich der Digitalisierung.

2.6-02 Bedeutung der Beratung für die AWO (Präsidium)

Beschluss: Annahme

Thema ist nicht fachübergreifend bearbeitbar sondern nur im Kontext der Arbeitsfelder. Somit ist es Aufgabe der jeweiligen Fachreferent*innen. In der Pandemie wurde sehr stark mit den Kommunen kooperiert um die Beratungsangebote vor Ort über das SodEg aufrechtzuerhalten. Im Kontext des Themas Onlineberatung besteht die Chance hier fachübergreifend auf Qualitätsstandards zu einigen.

2.6-03 Transparenz (Präsidium)

Beschluss: Annahme

- Beschluss des Präsidiums vom 31.1.2020 „Wir klären auf: für Transparenz und Werthaltung in der AWO“ zur Einführung einer Transparenzdatenbank
- Beratungen mit BMFSFJ und BAGFW hinsichtlich Transparenzanforderungen der Zuwendungsgeber

2.6-04 Gemeinsame Qualitätsstandards für pädagogische Ferienfahrten (Jugendwerk und AWO) (Präsidium/BJW)

Beschluss: Annahme

Gemeinsame AG mit dem BJW zur Entwicklung von Q-Standards. Abgeschlossen und verabschiedet

2.6-05 Jederzeit wieder! Qualität der pädagogischen Ferienfahrten von Jugendwerk und AWO (Präsidium/BJW)

Beschluss: Annahme

vgl. 2.6-4

2.6-06 Qualitätssiegel zur interkulturellen Öffnung (QIKÖ) (Be Niederrhein)

Beschluss: Überweisung

Einigung der AKs „QM“ und „Migration“ auf Leitplanken und Vorgehensweisen; Einrichtung einer Steuerungs-AG aus Mitgliedern der beiden AKs; Info an Geko, Entwicklung von Leitlinien zur Umsetzung von IKÖ, die ins AWO-QM einfließen sollen und zugleich Grundlage für die Entwicklung eines IKÖ-Siegels durch AWO-Institute sein können.

Die Leitlinie IKÖ ist (im Sept.) 2020 in der Geko verabschiedet worden. Sie beinhaltet Indikatoren zum Themenbereich IKÖ und wird bei der Weiterentwicklung des AWO-QM berücksichtigt.

2.6-07 Einfache bzw. leichte Sprache (LV Saarland)

Beschluss: Annahme

- Der Bundesverband hat das z. B. auf seiner Internetseite umgesetzt und es gibt eine Fassung in Leichter Sprache. Ebenso werden einzelne, für die Zielgruppe Publikationen in Leichter Sprache herausgegeben.
- Über den Stand der Umsetzung in den Gliederungen liegen aktuell keine systematisch erfassten Informationen vor.

2.6-08 Hochwertige Mappen zu Ehrungen entwickeln (Be Braunschweig)

Beschluss: Überweisung

- Ist erledigt; bereits Beschlusslage von Buko 2012;
- Verbandspolitische Beratung des Themas bereits 2014/2015, Vgl. Beschlüsse Protokoll Präsidiumssitzung 23.01.2015, sowie (erneute) abschließende Beratung im FA Verbandspolitik am 02.06.2018
- Verkauf von Urkunden und Mappen im awoshop erfolgten fortan separat.

2.7 Organisationsfragen

2.7-01 Vorbereitung AWO Verbandsjubiläum 2019 (Präsidium)

Beschluss: Annahme

- Zentraler Festakt 2019 und Kampagnen/Aktivitäten zum Jubiläumsjahr wurden erfolgreich umgesetzt.
- Veröffentlichung diverser Materialien und Medien ist erfolgt, das Forschungs- und Buchprojekt "100 Jahre AWO" wurde erfolgreich abgeschlossen.

2.7-02 Änderung des Verbandsstatuts der Arbeiterwohlfahrt „Erweiterung der Unvereinbarkeit von hauptamtlichen Tätigkeiten mit ehrenamtlichen Organfunktionen“ (LV Sachsen-Anhalt)

Beschluss: Überweisung

- Bewertung des Vorschlags in FA Verbandspolitik, Kommission Compliance, AK Recht
- Unvereinbarkeitsregelung im AWO Governance-Kodex verabschiedet
- geplante Erweiterung des Verbandsstatut auf Buko 2021

2.7-03 Antrag „Seit' an Seit' – AWO und Jugendwerk!“ (BJW)

Beschluss: Überweisung

- Diskussion erfolgte in der gemeinsamen Kommission Junge Menschen aktiv in der AWO.
- Maßnahmenplan wurde erarbeitet (s. Antrag)

2.7-04 Befreiung der AWO-Gliederungen von den GEMA-Gebühren (LV Bayern)

Beschluss: Annahme

- der seit 2016 bestehende Rahmenvertrag zwischen Gema und der BAGFW ist noch gültig und gewährt den AWO-Einrichtungen weiterhin vergünstigte Konditionen
- bisher scheiterten jegliche Neuverhandlungen zum Gesamtvertrag für 2022
- ein mögliches Musterverfahren bahnt sich derzeit zwischen Gema und BAGFW an – dieses soll klären, inwieweit die Weiterleitung von Programmsignalen in Bewohnerzimmer von Alten- und Pflegeheimen der urheberrechtlichen Vergütungspflicht unterfällt

2.8 Nachhaltigkeit

2.8-01 Bekenntnis zum Klimaschutz und zum 1,5 C-Ziel der Klimakonferenz von Paris 2015 (Präsidium)

Beschluss: Annahme

Das von der AWO entwickelte Instrument des „CO₂-Fußabdrucks“ für Einrichtungen und Dienste der Sozialen Arbeit wurde weiter ausgebaut. Weitere Methoden und Angebote wurden im AK Nachhaltigkeit diskutiert und auf den Weg gebracht. 2018-2020 wurde im Rahmen des erfolgreich beantragten Projekts „klimafreundlich pflegen“ mit 40 stationären Einrichtungen an Klimaschutzkonzepten gearbeitet. Ein Folgeprojekt mit bis zu 90 Einrichtungen wurde bewilligt und startete im März 2021.

Es wurde ein intensiver Austausch mit dem Umweltministerium gepflegt; mehrere Spitzengespräche mit der Umweltministerin; Beteiligung an verschiedenen politischen Positionierungen zum Thema Nachhaltigkeit auch im Rahmen der Kampagne #wirarbeitendran